

Mexiko: Rückkehr der Vertriebenen in Chiapas weiterhin in Gefahr

06.01.2018 13:09

Regierung kündigt Hilfe sowie zusätzliche Militär- und Polizeiposten an. Aktivisten kritisieren Militarisierung und fordern Lösung der Landkonflikte

Von [Leticia Hillenbrand](#)
amerika21



Vertriebene Tzotzil-Indigene in Chiapas, Mexiko

QUELLE: FRAYBA.ORG.MX

Chiapas, Mexiko. Im Fall der über 5.000 seit November vertriebenen Tzotzil-Indigenen in den Regionen Chalchihuitán und Chenalhó in Mexikos Bundesstaat Chiapas hat die Lokalregierung informiert, dass die Vertriebenen ab dem kommenden Dienstag in ihre Häusern zurückkehren können. Die Hilfe soll intensiviert werden. Dazu würden zusätzliche Militär- und Bundespolizei-Sicherheitsposten in den betroffenen Regionen eingerichtet, damit die Bewohner zu ihrem normalen Leben zurückkehren könnten. Dies sei nach einem Treffen von Vertretern der Bundes- und Regionalregierung und des Militärs beschlossen worden, heißt es in einem [Kommuniqué](#).

Laut Marcelo Pérez Pérez, Pfarrer der Diözese von San Cristobal, werden jedoch nur 3.858 der Vertriebenen zurückkehren. Die anderen 1.165 werden in den Bergen bleiben, da sie weitere Angriffe der paramilitärischen Gruppen fürchten. An den Abenden seien immer noch Schüsse zu hören. Diejenigen, die zurückkehren, hätten sich nur dafür entschieden, weil sie die unwürdigen und prekären Bedingungen nicht mehr aushielten: die Menschen seien nur mit selbstgemachten Zelten aus Plastiksäcken geschützt, es herrschten Temperaturen unter dem Gefrierpunkt und es fehle an Trinkwasser und Essen. Für Pérez Pérez ist es eine gefährliche Rückkehr: "Die Bedingungen für Sicherheit sind nicht gegeben".

Menschenrechtsorganisationen und Mitglieder der Überwachungskommission der Region Altos in Chiapas haben indes in einer öffentlichen [Mitteilung](#) mehrere Forderungen erhoben:

- Die sofortige Entwaffnung, Auflösung und Bestrafung der paramilitärischen Gruppen. Diese sind von den Behörden bereits identifiziert worden.
- Die Anerkennung der betroffenen Indigenen von der Regional- und der Bundesregierung als Vertriebene, damit die Schutzmaßnahmen der Vereinten Nationen greifen können.
- Die Gewährleistung der Sicherheit von nationalen und internationalen Überwachungskommissionen bei ihrer Arbeit.

- Die Lieferung von Medikamenten und Lebensmitteln.
- Eine zügige Neuregelung des grundlegenden Problems der Landverteilung und Grenzziehung in den betroffenen Gemeinden durch die Regionalregierung.

Die Nichtregierungsorganisationen warnen zudem vor den neu eingerichteten Sicherheitsposten: Diese Maßnahme könne zu einer starken Militarisierung der Region führen. Die Nationale Menschenrechtskommission hält die Maßnahme sogar für gesetzeswidrig. Die politischen Parteien sollten zudem aufhören, die Gemeinden durch falsche Versprechungen zu spalten, um damit Stimmen für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, so die Organisationen weiter.

Die Indigenen waren geflohen, nachdem Milizen aus der Ortschaft Chenalhó im Streit um den Grenzverlauf den Nachbarbezirk Chalchihuitán angegriffen hatten. Nach Angaben lokaler Gemeindevorstände mussten in Chalchihuitán über 5.000 Personen aus neun Gemeinden ihre Häuser verlassen. Die seit Jahrzehnten schwelende Auseinandersetzung um die Grenzziehung wurde von den zuständigen Behörden nicht gelöst und eskalierte, nachdem im Oktober Samuel Pérez Luna von der Gemeinde Kanalumtik in Chalchihuitán getötet wurde. Die Flucht der Familien begann am 13. November, als die bewaffneten Gruppierungen anfangen, die Zufahrtsstraßen zu kontrollieren.

Das Menschenrechtsinstitut Fray Bartolomé de las Casas führt eine Eilaktion durch, die [hier](#) unterschrieben werden kann (nach ganz unten scrollen).

Darüber hinaus werden dringend Spenden benötigt:

Partner Südmexikos e.V.

Volksbank Böblingen

IBAN: DE30 6039 0000 0459 3900 07

BIC: GENODES1BBV

Stichwort: Vertreibungen

[Zurück zur Newsübersicht](#)